



Presse et pouvoir politique sous la Convention nationale (1792-1795) / Die Pressepolitik unter dem Nationalkonvent (1792-1795)

Zusammenfassung

Die Französische Revolution war ein wichtiger Meilenstein in der Entwicklung der periodischen Presse. Der Bedeutungszuwachs, den die Presse mit Beginn der Revolution erlangte, führte zu tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft sowie zu einem verbesserten Zugang zu Informationen und Nachrichten. Gleichzeitig kam es zu einer grundlegenden Veränderung des rechtlichen Rahmens für die Presse, da die Zensur und das Privilegiensystem des Ancien Régime abgeschafft wurden; gleichzeitig führten die politischen Akteure neue Grenzen für die Weitergabe von Informationen und Meinungen ein. Aus diesen rasanten Entwicklungen im Bereich der Presse und der Informationsübermittlung ergaben sich für Behörden und Verwaltung neue Probleme im Umgang mit der Presse. Die Regierung und die politischen Akteure positionierten sich gegenüber der Presse, interagierten mit ihr, lenkten sie oder nutzten sie für ihre eigenen politischen Zwecke. In dieser Dissertation werden zwei Handlungsfelder im Umgang mit der Presse untersucht: erstens das der bewussten Informationsverbreitung und Propaganda und zweitens das der Unterdrückung und Unterbrechung des Informationsflusses. Die Praktiken der Informationsverbreitung und Propaganda waren vielfältig: Die Akteure konnten auf die Gründung neuer Periodika ebenso zurückgreifen wie auf die finanzielle Förderung bestehender Zeitungen.

Massenabonnements waren üblich; die über diese Abonnements aufgekauften Exemplare wurden an lokale Behörden in der Provinz, an politische Klubs und Volksgesellschaften sowie an die Armeen verteilt. Die Zensur wurde nie wieder offiziell eingeführt, aber es wurden „inoffizielle“ Mittel der Unterdrückung eingesetzt. Die politischen Akteure griffen auf verschiedene Praktiken der Informationsunterdrückung zurück, darunter Zeitungsverbote, Verhaftungen von Journalisten, Druckern oder Buchhändlern, sowie das Abfangen von per Post versandten Zeitungen, Repressionen gegen Zeitungsverkäufer oder auch die strafrechtliche Verfolgung von Journalisten, Zeitungsredakteuren, Buchhändlern oder Druckern.